

Pressemitteilung

DKG zur Debatte um die Schuldenbremse

Mehr Investitionen auch in die soziale Infrastruktur

Berlin, 26. Februar 2025 – Zur aktuellen Reformdiskussion um die Schuldenbremse erklärt der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) Dr. Gerald Gaß:

„Bei der aktuellen politischen Debatte zur Schuldenbremse muss der Blick unbedingt auch auf die soziale Infrastruktur gelenkt werden. Die Krankenhauslandschaft als zentrale Säule der sozialen Daseinsvorsorge soll über einen Transformationsfonds im Umfang von 50 Milliarden Euro, der zur Hälfte aus Beitragsmitteln der Gesetzlichen Krankenkassen gespeist wird, umgebaut werden. Diese dringend notwendigen Investitionen müssen nach einem aktuellen Gutachten um rund 30 Milliarden Euro ergänzt werden, um Fortschritte bei der CO₂-Reduktion der Krankenhäuser zu erreichen.“

Beide Ziele, die Transformation der Krankenhauslandschaft und die damit verbundene Modernisierung der Infrastruktur, ebenso wie die CO₂-Neutralität des Gesundheitswesens, sind Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie tragen dazu bei, dass die Betriebskosten der Krankenhäuser weniger stark steigen und geben Antworten auf den sich verschärfenden Fachkräftemangel im Gesundheitswesen. Diese Investitionen in die Zukunft müssen vollständig aus Steuermitteln finanziert werden, um die Sozialabgaben nicht weiter in die Höhe zu treiben. Schon allein die Tatsache, dass beim aktuellen Finanzierungskonzept des Transformationsfonds die privaten Krankenversicherungen völlig außen vor sind, ist eigentlich ein sozialpolitischer Skandal. Jetzt besteht die Chance, diese Investitionssummen in dem geplanten Deutschlandfonds unterzubringen und zu finanzieren. Damit würden finanzielle Spielräume bei den gesetzlichen Krankenkassen frei, die unbedingt genutzt werden müssen, um den notwendigen Inflationsausgleich an die Krankenhäuser auszuzahlen. Kommt dieser Inflationsausgleich nicht, wird sich der kalte Strukturwandel zu Lasten der Patientinnen und Patienten fortsetzen und beschleunigen. Die Folge wäre ein weiterer Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit der

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schilonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SEKRETARIAT/SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

Politik. Die neue Regierung hat jetzt die Chance, dieser für unsere Demokratie äußerst gefährlichen Entwicklung ein Ende zu setzen.“

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.893 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2022) und rund 22 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeitern. Bei 133 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.